

Neue Steuern.

Von einem hervorragenden Steuerpolitiker.

Wien, 5. September.

In dem Augenblicke, wo die Monarchie das Schwert zog, um ihre Existenzberechtigung zu beweisen, ahnte jeder Einsichtige, daß nunmehr ein neuer Abschnitt der Geschichte begonnen hatte. Die Wendung, die die Entwicklung Europas — und damit vielleicht auch der Welt — genommen hat, können wir, trotzdem seither mehr als zwei Jahre vergangen sind, in ihrer vollen Bedeutung nicht erfassen. Wir sehen die europäische Menschheit, wie von unbekanntem Naturkräften getrieben, in rasender Fahrt einem fernen, noch nicht erkennbaren Ziele zueilen, — ob zum guten oder bösen Ende, das ist heute keine Frage der Erkenntnis, sondern der Weltanschauung. Was wir erkennen, sind bloß einzelne aus dem Dunkel auftauchende Linien des künftigen Weltbildes. Soviel ist jedoch gewiß, daß das gestörte Gleichgewicht des europäischen Staatensystems einmal wieder zu einer relativen Ruhelage zurückkehren, daß es Menschen und damit auch Staaten auch in Zukunft geben wird. Hier wird vielleicht die einzelne Form, nicht aber das Wesen eine Wandlung erfahren. Wo wir aber eine prinzipielle Wandlung schon heute erkennen, das ist das Verhältnis des einzelnen zum Staate.

Die Geschichte der europäischen Staaten brachte es mit sich, daß — in manchen Staaten mehr, in manchen weniger — Staat und einzelner oft einen Gegensatz bedeuten. Offen oder verschleiert, bewußt oder unbewußt sieht der einzelne vielfach im Staat nur den Zwang, dem er sich nach Möglichkeit zu entziehen sucht. Die Beziehung zwischen Staat und Einzelmenschen hat der Krieg, dessen Zeugen wir sind, auf eine neue völlig geänderte Grundlage gestellt.

Was die Soziologen schon längst wußten, daß der Staat keine willkürliche, auf bestimmte Zwecke gerichtete Konstruktion, sondern die organisch entstandene Lebensform des höher entwickelten Menschen ist, wurde nun in der harten Schule des Krieges allen vor Augen geführt. Jetzt, wo die Feinde unser Staatswesen in Trümmer schlagen wollen, jetzt ist es auch dem, der dem Staate bisher kühl gegenübergestanden ist, zum Bewußtsein gekommen, was der Staat für den einzelnen bedeutet. Diese Erkenntnis hat Staat und Bürgerschaft auch psychologisch zu einem Ganzen zusammenschweißt. Nur aus dieser inneren Wandlung heraus ist der Opfermut zu erklären, den alle im Kampfe um die Existenz des Staates auch dann beweisen, wenn es gilt, das wertvollste Gut, das Leben, hinzugeben.

Der moderne Krieg, besonders in der Form, die ihm unsere Feinde gegeben haben, ist nicht allein ein militärisch-technisches, sondern auch ein wirtschaftliches Problem, und zwar im weitesten Sinne des Wortes, denn es handelt sich hierbei nicht bloß darum, die zur Kriegführung unmittelbar notwendigen Güter zu beschaffen, sondern auch die Existenzbedingungen des nichtkämpfenden Teiles des Staatsvolkes gegen den Aushungerungsplan der Feinde zu sichern. In früheren Zeiten konnte das Problem des Krieges von der Armee auf dem Schlachtfelde gelöst werden. Seine Wirkung auf das Hinterland war, mit der Gegenwart verglichen, gering. Heute fordert die Lösung dieses Problems das Zusammenfassen aller Kräfte zu einer wirkungsvollen Komponente. Diese Arbeit des Zusammenfassens der Kräfte kann nur der Staat leisten, und indem er sie, hingebungsvoll unterstützt von seinen Bürgern, leistet, wird Staat und Volk eine lückenlose Einheit.

Dieser psychologische Prozeß des Zusammenwachsenden, den wir mit Staunen und Bewunderung verfolgt haben, hat uns zu Leistungen befähigt, die in früheren Tagen nicht für möglich gehalten worden wären. Von den militärischen Leistungen abgesehen, sei hier nur an das Ergebnis der Kriegsanleihen erinnert, das auch die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Aber so gewaltig diese Leistungen auch sind, es ist damit nicht alles getan.

Daß die Kosten eines Krieges auch in seinen Anfängen nicht aus normalen Einnahmen des Staates bestritten werden können, braucht nicht erst gesagt zu werden. Theoretisch gibt es, um die erforderlichen Mittel zu beschaffen, zwei Wege: Erhöhung der Abgaben und Anleihen. Der erste Weg ist aus mehreren Gründen nicht gangbar. Der schwerwiegendste ist der, daß es sich bei dem momentanen unaufschiebbaren Bedarf um Summen handelt, die mit der notwendigen Raschheit durch Abgaben nicht zu beschaffen sind. Die Regierung hat daher den zweiten Weg gewählt. Er hat vor allem den Vorteil, daß ohne Zeitverlust und ohne der Zukunft vorgreifende legislatorische Vorarbeiten die erforderlichen Summen in die Kassen fließen. Abgesehen davon liegt in der Anleihe auch ein Moment der Gerechtigkeit. Wir kämpfen heute nicht allein für unsere Existenz, sondern auch für die unserer Kinder und Enkel. Es ist daher nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn die Lasten des Krieges nicht allein auf den Kriegsjahren ruhen, sondern auf längere Zeiträume verteilt sind. Der von der Regierung eingeschlagene Weg hat dank der außerordentlichen Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zum angestrebten Ziele geführt. Wenn nun auch damit das nächste Ziel erreicht war, so war es doch Pflicht einer über den Tag hinausblickenden Regierung, rechtzeitig für die Verzinsung und Tilgung der Kriegsschulden Vorjorge zu treffen.

An die Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen im Rahmen des normalen Budgets kann selbstverständlich nicht gedacht werden. Handelt es sich doch um Summen von früher nie geahnter Höhe. Die Aufbringung der Mittel durch Abgaben ist daher nur selbstverständlich. Es konnte sich also nicht um die Frage handeln, ob neue Lasten unserer Volkswirtschaft auferlegt werden sollen, sondern wie sie zu verteilen sind. Leitendes Prinzip kann hierbei nur sein, die Lasten entsprechend der Leistungsfähigkeit möglichst gleichmäßig zu verteilen. Hier steht man freilich vor dem schwierigsten Problem der Finanzpolitik. Der Zusammenhang der wirtschaftlichen Erscheinungen, das In- und Durcheinandergreifen der verschiedenen Produktionszweige ist, besonders da unser Wirtschaftsleben durch den Krieg tiefgreifende Veränderungen erfahren hat, so kompliziert und der Erfassung

oft so schwer zugänglich, daß eine restlose Lösung des Problems nicht möglich ist. Was aber geschehen konnte, ist geschehen. Die Regierung hat nach reiflicher Erwägung alles in Betracht kommenden Momente ein Abgabenprogramm aufgestellt. Beginnend mit der bereits vor einigen Tagen publizierten Verordnung über die Erhöhung der Biersteuer sind nunmehr vier weitere kaiserliche Verordnungen erlassen, die durch Einführung einer Erhöhung der Stempel- und unmittelbaren Gebühren, eines Kriegszuschlages zu den direkten Steuern, einer Gebühr von Totalitateur- und Buchmacherweihen sowie einer Zündmittelsteuer Mehreinnahmen von 310 bis 320 Millionen Kronen erwarten lassen.

Niemand wird leugnen, daß damit der Bevölkerung große Opfer auferlegt werden. Aber wenn Abgaben überhaupt zu rechtfertigen sind, so sind es diese Abgaben. Es gilt das Werk des finanziellen Durchhaltens, für das in den Kriegsanleihen der Grund gelegt wurde, auszubauen. Die Welt soll sehen, daß wir nicht nur imstande waren, Anleihen von so schwindelnder Höhe im eigenen Lande aufzubringen, sondern daß wir auch unsere Zahlungsverprechen pünktlich einhalten. Hier handelt es sich aber nicht allein um eine Frage der Zuverlässigkeit, sondern um eine eminent praktische Frage. Die Erfüllung gemachter Zahlungsverprechen ist unerläßliche Bedingung jedes Kredits. Dieser Verpflichtung nicht nachkommen, hieße den Staatskredit und damit auch den Kredit der Länder und Städte, ja selbst des einzelnen Staatsbürgers untergraben.

Alle die angeführten Momente sieht die Bevölkerung auch ein, das beweist die interessante Erscheinung, daß immer mehr Stimmen in der Bevölkerung laut wurden, die neue Steuern forderten. So paradox das auch klingen mag, es wird vollkommen verständlich, wenn wir daran denken, was eingangs von der durch den Krieg herbeigeführten Wandlung in dem Verhältnisse zwischen Staat und Bürger gesagt wurde. Der einzelne steht dem Staate nicht mehr kühl gegenüber, er zahlt seine Steuer nicht, weil hinter dem Staate die Zwangsgewalt steht, sondern er zahlt, weil er weiß, daß der Staat sein Geld zum Leben braucht, und weil er will, daß der Staat lebe. Dieser Wille, daß der Staat lebe, dieses sich Einsfühlens mit dem Staate ist die Quelle, aus der immer neue, bisher ungeahnte Kräfte fließen. Und wenn der Krieg uns auch nichts anderes brächte als die Bejahung des Staates, dann wären die Opfer, die gebracht wurden, so ungeheuer sie auch sein mögen, nicht vergeblich gebracht.